

Online mitbestimmen? Perspektiven und Herausforderungen internetbasierter Partizipationsverfahren

Alma Kolleck

Entwicklungstendenzen politischer Partizipation in Deutschland

Schaut man in aktuelle Befragungsergebnisse, zeigen sich mit Blick auf die Demokratiezufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger zwei Entwicklungen, die in dieselbe Richtung weisen. Erstens geben die Befragten ein generell niedriges (und im Vergleich zu früheren Befragungsergebnissen deutlich gesunkenes) Vertrauen zu Institutionen und Akteuren der politischen Repräsentation an; beispielsweise gibt nur ein knappes Viertel der Befragten an, dem Regierungshandeln weitgehend zu vertrauen (23%, GESIS 2014). Mehr als zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger lehnen zudem eine Parteimitgliedschaft ab (69%, Bertelsmann Stiftung 2011).

Gleichzeitig – und dies ist die zweite Entwicklung – fordern die Bürgerinnen und Bürger mehr Beteiligungsmöglichkeiten ein, um politisches Handeln zu beeinflussen (81%, GESIS 2014). Dass sie zur Realisierung ihres Wunsches nach mehr Beteiligung auf die Politik zählen können, glauben dabei nur die wenigsten: Nur gut jede/r fünfte Befragte erklärt, dass »Politiker grundsätzlich mehr Mitbestimmung durch die Bürger wollen« (22%, Bertelsmann Stiftung 2011). Während also das Interesse an politischer Teilhabe ungebrochen hoch und der Wunsch, in konkrete Sachfragen einbezogen zu werden, sogar gewachsen ist, haben etablierte Mechanismen und Akteure der politischen Repräsentation (allen voran politische Parteien) einen schweren Stand bei den Bürgerinnen und Bürgern (3).

Wie fügen sich diese Befunde in ein größeres Panorama ein? Nicht erst seit Colin Crouchs Schlagwort der Postdemokratie findet eine rege wissenschaftliche Debatte darüber statt, wie (krisenhaft) der Stand der Demokratie in den meisten OECD-Ländern ist und in welche Richtung sich etablierte Demokratien entwickeln. Dabei lassen sich in erster Linie drei Entwicklungslinien festmachen, in denen sich die eingangs zitierten Befragungsergebnisse widerspiegeln.

So verlieren etablierte Institutionen der politischen Interessenvertretung an gesellschaftlichem Rückhalt, wie sinkende Mitgliederzahlen in politischen Parteien, die gestiegene Volatilität der Wählergunst und die Auflösung der Bindung von politischen Parteien an bestimmte soziale Milieus illustrieren (4). Gleichzeitig äußern die Bürger/innen gestiegene Partizipationserwartungen, die sich insbesondere auf konkrete Sachfragen beziehen. Das einer repräsentativen Demokratie inhärente Delegationsprinzip behagt vielen Bürgerinnen und Bürgern nicht (mehr) und sie reklamieren stärkere politische Mitspracherechte, vor allem mit Blick auf themenzentrierte Partizipation und lokale Entscheidungsfragen (5). Als dritte Entwicklungslinie und besondere Herausforderung für die politische Gleichheit der Bürgerinnen und Bürger zeigt sich, dass sozioökonomisch besser gestellte Bürger/innen mit sehr viel höherer Wahrscheinlichkeit politisch partizipieren als sozioökonomisch schlechter gestellte Bürger/innen. Dies gilt für alle Formen politischer Beteiligung, insbesondere aber für innovative, wenig institutionalisierte Formen. Da die Interessen formal gering gebildeter, wenig politisch interessierter und ein-kommensschwacher Bürgerinnen und Bürger somit deutlich seltener Eingang in politische Entscheidungs-

prozesse finden, droht die ungleiche Partizipationsbereitschaft in eine politische Missrepräsentation zu münden (6).

Zwischen den drei geschilderten Entwicklungslinien entsteht ein Spannungsfeld, das gleichermaßen Fragen an die Praxis und die Theorie moderner Demokratien aufwirft: Auf der einen Seite stehen gestiegene Partizipationserwartungen und Teilnahme/Protestbereitschaften insbesondere formal hoch gebildeter, sozioökonomisch starker Bürgerinnen und Bürger, auf der anderen Seite das demokratische Gleichheitsideal, das durch die Unterrepräsentation sozioökonomisch Schwacher, Migrant/innen und nicht-deutscher Staatsbürger/innen gefährdet scheint.

Zwei Herausforderungen, die dieses Spannungsfeld evoziert, seien schlagwortartig benannt: das St.-Florians-Prinzip, auch unter dem Stichwort NIMBY («not in my backyard») verhandelt, beschreibt eine insbesondere bei sozial gut gestellten Bürgerinnen und Bürger anzutreffende Verweigerungshaltung, Neuerungen wie etwa Infrastrukturprojekte in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft zu tolerieren. Abgelehnt wird dabei häufig nicht das Projekt an sich, sondern die Verortung im unmittelbaren Lebensumfeld.

Die zweite Herausforderung ist der sog. Matthäuseffekt («wer hat, dem wird gegeben»), der droht, wenn sich sozioökonomisch starke Bürgerinnen und Bürger besonders für ihre Belange einsetzen, während die Interessen (ressourcen-)schwächerer Bürgerinnen und Bürger unterrepräsentiert bleiben. Dies kann im Extremfall zur Verstärkung sozialer Ungleichheiten und zu einer zunehmend großen sozialen Schere führen.

Im wissenschaftlichen Diskurs werden die genannten Entwicklungen unter dem Begriff der »Krise der Repräsentation« verhandelt (7), wobei offen ist, wie manifest die skizzierten Krisensymptome sind und inwiefern sie sich als Ausdruck ein- und derselben Entwicklung deuten lassen. Als eine mögliche Antwort auf die konstatierte Krise, besonders mit Blick auf die gestiegenen Partizipationserwartungen vieler Bürgerinnen und Bürger, gelten oftmals neuartige, nicht zuletzt internetbasierte Partizipationsformen (8).

Chancen internetbasierter Partizipation

Damit wären wir bei der Frage angelangt, welche Möglichkeiten und Herausforderungen internetbasierte Partizipation angesichts der skizzierten Entwicklungslinien bietet? Das Internet als politisches Medium ermöglicht es, große Mengen von Information interaktiv und intermedial darzustellen: »much greater political and go-vernment information provision, retrieval and exchange is the greatest achievement of digital democracy« (9). Damit verknüpft ist das Versprechen, die Transparenz und Information zu politischem Handeln und Entscheiden zu erhöhen und somit eine bessere Zugänglichkeit zu politischen Sachfragen zu ermöglichen. Als ein Beispiel für eine internetbasierte Initiative in diesem Bereich lässt sich das Hamburgische Transparenzgesetz (mit dem entsprechenden Transparenzportal) nennen, das die Zugänglichkeit von Informationen und Dokumenten für Bürger/innen, Medien und Interessenvertreter erhöht. Im Verfahren »Ludwigshafen diskutiert«, in dem es um die Neuplanung eines wesentlichen Stadtverkehrsweges ging, zeigte die Beteiligungsplattform umfangreiche Visualisierungen der möglichen Streckenverläufe und machte stadtplanerische Ideen somit unmittelbar visuell zugänglich.

Weil das Internet zudem eine zeitlich und örtlich flexible Teilnahme ermöglicht, Interaktivität fördert und soziale Marker (wie Kleidung, Sprechweise, Alter, Geschlecht u. a.) abschwächt, galten onlinebasierte Beteiligungsverfahren lange als vielversprechend, um die Partizipation (sbereitschaft) und die politische Egalität bei der Teilnahme zu fördern. Tatsächlich hat sich die Hoffnung bislang nicht erfüllt, das Internet könne unterrepräsentierte Gruppen oder Bürger/innen, die »klassische politische Formate« wie Bürgerversammlungen eher meiden, besonders gut erreichen. Im Gegenteil zeigt sich bei den typischen Teilnehmenden an internetbasierter Partizipation eine noch stärkere soziale Selektion als bei anderen Partizipationsangeboten (10).

Insbesondere durch seinen interaktiven Charakter ermöglicht das Internet Verwaltung und Politik, sich stärker gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zu öffnen, Verwaltungsabläufe zu vereinfachen und verstärkt auf die Rückmeldungen und Belange der Bürgerinnen und Bürger zu reagieren: »Der technologische Erneuerungsprozess kann für ein Aufbrechen zementierter Steuerungsstrukturen sorgen und hat dies bereits bewirkt.

Er kann als Vehikel für die organisatorische Erneuerung und die Schaffung schlankerer bürgerorientierter Strukturen dienen« (11). Die demokratiethoretischen Stichworte, auf die diese Erwartungen zielen, lauten erhöhte politische Responsivität und administrative Rationalisierung und Steigerung der Effektivität.

Als ein Beispiel für eine Öffnung etablierter politischer Strukturen für die Bürgerinnen und Bürger kann (bottom-up) das Portal *abgeordnetenwatch* genannt werden, das Hintergrundinformationen zu Abgeordneten anbietet (Abstimmungsverhalten, Nebentätigkeiten und anderes) und es den Bürger/innen erlaubt, direkte öffentliche Anfragen an die Abgeordneten zu richten, die dann (in aller Regel) von diesen ebenfalls öffentlich beantwortet werden. Ein etabliertes und häufig genutztes top-down-Verfahren, das auf die Erhöhung von Responsivität jenseits von parteiinterner Partizipation setzt, sind die ePetitionen am Deutschen Bundestag, die Bürgerinnen und Bürgern eine einfach und unbürokratische Möglichkeit bieten, Bitten und Anliegen öffentlich oder nicht-öffentlich an den Deutschen Bundestag zu richten.

Herausforderungen internetbasierter Partizipation

Gleichwohl bringt das Internet als flexibles Medium politischer Partizipation auch eine Reihe von alten und neuen Herausforderungen mit sich, von denen die Verstärkung der sozialen Selektivität bereits genannt wurde. In der Regel sind die typischen Teilnehmenden an einem internetbasierten Partizipationsverfahren zwischen 30 und 60 Jahre alt, verfügen über eine hohe formale Bildung und ein überdurchschnittliches Einkommen, sind politisch interessiert und aktiv, überdurchschnittlich häufig männlich und besitzen sehr selten Migrationserfahrung (12).

Diese, sich auch über Deutschland hinaus manifestierende, starke Verzerrung im soziodemographischen Profil der Teilnehmer/innen und die Überrepräsentation Hochgebildeter und politisch interessierter Menschen führt Brundidge/Rice (2009) zu der Schlussfolgerung: »the information rich will get richer while the information poor will remain relatively poorer«. Zugleich verringert etwa die Flüchtigkeit des Mediums die soziale und inhaltliche Verbindlichkeit (die Teilnahme an Online-Abstimmungen etwa ist mit einem einzigen Klick beendet), sie erschwert den Aufbau interpersonaler Beziehungen (durch verringerte Wiedererkennbarkeit und das Wegfallen nonverbaler Kommunikation); zudem ist das Finden von Kompromissen komplizierter (13).

Generell schwankt die Aufmerksamkeit online deutlich stärker als bei Vor-Ort-Veranstaltungen, was sich etwa in einer durchschnittlich kurzen Verweildauer auf Beteiligungsplattformen ausdrückt (und beispielsweise impliziert, dass politische Informationen in Beteiligungsverfahren so gestaltet sein müssen, dass Bürgerinnen und Bürger diese mit Interesse ansteuern).

Die Möglichkeiten des Internet große Mengen von Daten darzustellen, zu sammeln und zu verarbeiten, birgt viele Vorteile, steht jedoch häufig den Aufnahmekapazitäten der teilnehmenden Bürger/innen und der administrativen und politischen Initiatorinnen entgegen. So hat beispielsweise der onlinebasierte Bürgerhaushalt 2014 der Stadt Frankfurt am Main mehr als 1.200 Bürgervorschläge hervorgebracht.

Hinter all diesen Vorschläge und zugehörigen Diskussionen stehen engagierte Bürgerinnen und Bürger, die eine Rückmeldung erwarten — eine berechtigte Erwartung, die Politik und Verwaltung und ggf. externen Dienstleistern viele zeitliche und personelle Ressourcen abverlangt. Dass das Internet eine kostengünstige und wenig ressourcenintensive Partizipation anbietet, ist zwar oft eine Hoffnung staatlicher und kommunaler Initiatoren, übersieht jedoch die ressourcenintensive Notwendigkeit der Rückmeldung und Rechenschaftslegung im Anschluss an die Beteiligungsphase.

Schließlich ist das Internet als Medium der politischen Partizipation ebenso wenig wie andere Beteiligungsformate eine »eierlegende Wollmilchsau« – mit anderen Worten: Vor Beginn eines internetbasierten Verfahrens sollte die Überlegung stehen, welches Ziel mit dem jeweiligen Beteiligungsverfahren vorrangig erreicht werden soll (14): Soll das Verfahren vorrangig unterrepräsentierte Bürgerinnen und Bürger erreichen (Inklusivität)? Soll es möglichst unterschiedliche Bürger/innen und eine große Bandbreite von Sichtweisen abbilden (Heterogenität)? Soll es hinsichtlich seiner Teilnehmer/innen einen guten Querschnitt durch die jeweilig adressierte Bürgerschaft bieten (Repräsentativität)? Soll es eine besonders respektvolle, vertrauensbildende und inhaltlich fundierte Form des Dialogs fördern (Qualität des Austauschs)? Oder besonders innovative und umsetzbare politische Projekte inspirieren (Qualität des Ergebnisses)? Soll das Verfahren schließlich allen Interessierten offen stehen und möglichst niedrigschwellig erreichbar sein (Offenheit des Verfahrens)? Oder vor allem die Transparenz politischen Handelns und Entscheidens erhöhen? Geht es schließlich in erster Linie darum, eine möglichst hohe Beteiligungsquote zu erreichen? Oder steht ein ganz anderes Ziel im Fokus?

Die Frage der Ziele beeinflusst ganz wesentlich, welche Maßstäbe an das Verfahren angelegt werden. Um bei dem sprichwörtlichen Beispiel der »eierlegenden Wollmilchsau« zu bleiben: Im Vergleich mit diesem Fabeltier schneidet jede tatsächlich existierende Nutztierart schlecht ab. Überhöhte Maßstäbe (und damit einhergehende Enttäuschungen bei allen beteiligten Akteursgruppen) lassen sich nur vermeiden, wenn erstens die Ziele vor Beginn des Verfahrens benannt sind und zweitens die Gestaltung des Verfahrens auf diese Ziele hin ausgerichtet ist.

So muss ein Verfahren, das vor allem auf die Qualität der Ergebnisse wert legt, die Teilnehmerschwellen, die graphische Gestaltung der Webseite und die Moderation entsprechend auslegen. Umgekehrt sollte ein Verfahren, das insbesondere politisch unterrepräsentierte Bürgerinnen und Bürger erreichen will, neue Wege der Ansprache gehen und statt einer großflächigen Öffentlichkeitsarbeit gezielt Multiplikator/innen und bestehende (zivil-)gesellschaftliche Strukturen einbinden (15).

Zusammenschau: Die (Prozess-)Gestaltung entscheidet, nicht das Medium

Um die Frage nach den Perspektiven und Herausforderungen internetbasierter Partizipation abzuschließen, ist es sinnvoll, ihren Nutzen für bestehende Formen politischer Teilhabe nüchtern zu analysieren: »Die Demokratie ist eine zu große Idee und Errungenschaft, als dass sie durch eine bloß technische Innovation grundsätzlich zu transformieren wäre. Einen Nutzen erhalten digitale Beteiligungsformate deshalb nur, wenn man sie an etablierte Institutionen andockt und sie deren demokratische Funktionen stützen« (16).

Weit entfernt von den polarisierten Diskussionen der 1990er Jahre, in denen das Internet wahlweise als Garant für eine neue, legitimere und responsivere Demokratie oder als Zerstörer der öffentlichen Ordnung und des Gemeinnsinns skizziert wurde (17), gilt heute: Die Gestaltung von Beteiligungsprozessen und -verfahren ist entscheidend, nicht das Medium. Um allerdings genau zu wissen, welche gestalterischen Entscheidungen sich wie auf den Beteiligungsprozess auswirken, sind weitere kleinteilige wissenschaftliche Untersuchungen nötig (18).

Hinweis

Dieser Beitrag ist zuerst erschienen im eNewsletter des Wegweiser Bürgergesellschaft Nr. 11/2016 vom 16.11.2016.

Anmerkungen

(1) Siehe auch: Aktuelles Heft Aus Politik und Zeitgeschichte (40-42/2016):

<http://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/234711/repraesentation-in-der-krise>

(2) Bottom-up und top-down beschreiben die Richtungen, aus denen politische Partizipationsinitiativen stammen. Top-down-initiierte Beteiligungsverfahren werden durch Akteure oder Institutionen der politischen Repräsentation ins Leben gerufen, um Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen (z.B. Bürgerhaushalte, Petitionssysteme, Bürgerdialoge u.a.); bottom-up-Initiativen gehen demgegenüber von einzelnen Bürgern oder der organisierten Zivilgesellschaft aus (z.B. Bürgerbegehren, Unterschriftenlisten, Protestbriefaktionen u.a.).

(3) Kleinert 2007

(4) Pohl/Massing 2014; Pogrebinschi 2015

(5) Bertelsmann Stiftung 2011; Thaa 2015

(6) Bude 2008; Geißel 2012; Schäfer/Schoen 2013

(7) Merkel 2016; Michelsen/Walter 2013; Blühdorn 2013

(8) Geißel u.a. 2014; Pogrebinschi 2015

(9) Dijk 2012

(10) Schlozman u.a. 2010

(11) Floeting 2010

(12) Escher 2010; Albrecht 2006

- (13) Hurrelmann u.a. 2002
(14) Trénel/Fitschen 2014; Lübcke 2013
(15) Uslucan 2015
(16) Linden 2012
(17) für einen Überblick siehe: Kneuer 2013
(18) siehe zum Beispiel: Åström/Grönlund 2012; Wright/Street 2007

Literatur

Albrecht, Steffen (2006): Whose Voice Is Heard in Online Deliberation? A Study of Participation and Representation in Political Debates on the Internet. In: Information, Communication & Society 9 (1), 62–82.

Åström, Joachim/Åke Grönlund (2012): Online Consultations in Local Government: What Works, When, and Why? In: Stephen Coleman/Peter M. Shane, Hg.: Connecting Democracy. Online Consultation and the Flow of Political Communication. Cambridge: MIT Press, 75–96.

Bertelsmann Stiftung (2011): Bundesbürger möchten sich politisch beteiligen, vor allem aber mitentscheiden. URL: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Presse/imported/downloads/xcms_bst_dms_34119_34120_2.pdf.

Blühdorn, Ingolfur (2013): Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende. Berlin: Suhrkamp.

Brundidge, Jennifer/Ronald E. Rice (2009): Political Engagement Online. Do the Information Rich Get Richer and the Like-Minded More Similar? In: Andrew Chadwick/Philip N. Howard, Hg.: Routledge Handbook of Internet Politics. London: Routledge, 144–156.

Bude, Heinz (2008): Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft. München: Hanser.

Dijk, Jan A.G.M. van (2012): Digital Democracy: Vision and Reality. In: Wim van de Donk/Ig Snellen/Marcel Thaens, Hg.: Public Administration in the Information Age: Revisited. Washington: IOS Press, 49–62.

Escher, Tobias (2010): Wi(e)der die "üblichen Verdächtigen"? Politische Beteiligung via Internet. In: Jens Wolting/Markus Seifert/Martin Emmer, Hg.: Politik 2.0? Die Wirkung computervermittelter Kommunikation auf den politischen Prozess. Baden-Baden: Nomos, 131–150.

Floeting, Holger (2010): Das Internet, die Stadt, das Örtliche und das Globale. Wie verändert sich kommunales Handeln? In: Lena Hatzelhoffer/Michael Lobeck/Wolfgang Müller/Claus-Christian Wiegand, Hg.: E-Government und Stadtentwicklung. Berlin: LIT, 11–23.

Geißel, Brigitte (2012): Politische (Un-)Gleichheit und die Versprechen der Demokratie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 62 (38-39), 32–37.

Geißel, Brigitte/Roland Roth/Stefan Collet/Christina Tillmann (2014): Partizipation und Demokratie im Wandel: Wie unsere Demokratie durch neue Verfahren und Kombinationen repräsentativer, deliberativer und direkter Beteiligung gestärkt wird. In: Bertelsmann Stiftung/Staatsministerium Baden-Württemberg, Hg.: Partizipation im Wandel. Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, 489–503.

GESIS, Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2014): Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2014. Studiennummer 5240. Köln: GESIS Datenarchiv.

Hurrelmann, Achim/Katharina Liebsch/Frank Nullmeier (2002): Wie ist argumentative Entscheidungsfindung möglich? Deliberation in Versammlungen und Internetforen. In: Leviathan 30 (4), 544–564.

Kleinert, Hubert (2007): Abstieg der Parteiendemokratie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 2007 (35-36), 3–11.

Kneuer, Marianne (2013): Bereicherung oder Stressfaktor? Überlegungen zur Wirkung des Internets auf die Demokratie. In: Marianne Kneuer, Hg.: Das Internet: Bereicherung oder Stressfaktor für die Demokratie? Baden-Baden: Nomos, 7–31.

Linden, Markus (2012): Die Onlinedemokratie — Falsche Versprechen und reale Chancen digitaler Beteiligungsformate. Deutschlandfunk (Politik, Medien und Öffentlichkeit in Zeiten der Digitalisierung). Online verfügbar unter <http://diskurs.dradio.de/2012/02/15/die-digitale-demokratie-falsche-versprechen-und-reale-chancen-digitaler-beteiligungsformate/> .

Lübcke, Maren (2013): Partizipative black boxes: Der schwierige Status von politischen Online-Diskursen. In: Claudia Fraas/Stefan Meier/Christian Pentzold, Hg.: Online-Diskurse. Theorien und Methoden transmedialer Online-Diskursforschung. Köln: von Halem, 404–425.

Merkel, Wolfgang, Hg. (2015): Demokratie und Krise: Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie. Wiesbaden: Springer VS.

Merkel, Wolfgang (2016): Krise der Demokratie? Anmerkungen zu einem schwierigen Begriff. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 2016 (40-42), 4–11.

Michelsen, Danny/Franz Walter (2013): Unpolitische Demokratie. Zur Krise der Repräsentation. Berlin: Suhrkamp.

Pogrebinschi, Thamy (2015): Mehr Partizipation — ein Heilmittel gegen die »Krise der Demokratie«? In: Wolfgang Merkel, Hg.: Demokratie und Krise: Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie. Wiesbaden: Springer VS, 127–154.

Pohl, Kerstin/Peter Massing, Hg. (2014): Mehr Partizipation — mehr Demokratie? Schwalbach am Taunus: Wochenschau Verlag.

Schäfer, Armin/Harald Schoen (2013): Mehr Demokratie, aber nur für wenige? Der Zielkonflikt zwischen mehr Beteiligung und politischer Gleichheit. In: Leviathan 41 (1), 94–120.

Schlozman, Kay Lehman/Sidney Verba/Henry E. Brady (2010): Weapon of the Strong? Participatory Inequality and the Internet. In: Perspectives on Politics 8 (2), 487–509.

Thaa, Winfried (2015): Die Auseinandersetzungen um »Stuttgart 21« und die Zukunft der repräsentativen Demokratie. In: Jörg Sommer, Hg.: Kursbuch Bürgerbeteiligung. Berlin: Deutsche Umweltstiftung, 284–306.

Trénel, Matthias/Katja Fitschen (2014): Online-Konsultationen in der Praxis: Welche Maßstäbe sind angemessen? In: Kathrin Voss, Hg.: Internet und Partizipation. Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet. Wiesbaden: Springer VS, 337–348.

Uslucan, Haci-Halil (2015): Freiwilliges Engagement von Zuwanderern. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 65 (14-15), 28–35.

Wright, Scott/John Street (2007): Democracy, Deliberation and Design: the Case of Online Discussion Forums. In: New Media & Society 9 (5), 849–869

Autorin

Dr. Alma Kolleck ist Soziologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Sie hat zum Thema »Politische Diskurse Online. Bedingungsfaktoren kollektiver Meinungsbildung in internetgestützten Beteiligungsverfahren« promoviert.

Kontakt

E-Mail: kolleck@soz.uni-frankfurt.de

Redaktion eNewsletter

Netzwerk Bürgerbeteiligung
c/o Stiftung Mitarbeit
Redaktion eNewsletter
Ellerstraße 67
53119 Bonn
E-Mail: newsletter@netzwerk-buergerbeteiligung.de